

II-4800 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

Nr. 2351 **7J**

1983 -01- 19

der Abgeordneten Dr.Lichal
und Genossen
an die Bundesregierung
betreffend die Einschaltung von Privatpersonen bzw.
privaten Vereinen in Planstellenbesetzungen
im Bundesdienst.

Dem Vernehmen nach soll es in Bereichen der Bundes-
verwaltung im Zuge von Planstellenbesetzungen im
öffentlichen Dienst dazu kommen, daß in gesetzlich nicht
gedeckter Weise Bewerbungsgesuche Privatpersonen bzw.
Vertretern privater Vereine - mehr oder minder offen -
zugänglich gemacht werden, wobei es sogar zur Einsicht
in die Personalakten der Bewerber kommen soll.

Da eine solche Vorgangsweise, sollte sie den Tat-
sachen entsprechen, nicht nur einen Mißbrauch, sondern
darüberhinaus eine die Interessen der Bewerber beein-
trächtigende Gesetzwidrigkeit darstellen würde, er-
scheint ehete Aufklärung geboten. Ein solcher Ab-
usus wäre selbst dann nicht zu exkulpieren, wenn es
sich bei derartigen sich in das Besetzungsverfahren
einschaltenden Vereinen um auf freiwilliger Mitglied-
schaft beruhende berufliche Interessenvertretungen
handelt, deren Einbindung in dieses Verfahren von
Gesetzes wegen nicht vorgesehen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die
Bundesregierung folgende

A n f r a g e :

- 1) In welchen Bereichen der Bundesverwaltung wurde bzw. wird im Zuge von Planstellenbesetzungen von seiten privater Vereine bzw. Privatpersonen in gesetzlich nicht gedeckter Weise Einsicht in Bewerbungsgesuche genommen?
- 2) Seit wann geschieht bzw. geschah dies?
- 3) Mit welcher Begründung geschieht bzw. geschah dies?
- 4) Um welche privaten Vereine bzw. Privatpersonen handelt bzw. handelte es sich dabei?
- 5) Kommt bzw. kam es dabei auch zur Einsichtnahme in die Personalakten von Bewerbern?
- 6) Welche Maßnahmen werden getroffen, um derartige Mißbräuche abzustellen?